

FP-Kappel: Betriebe vor Gebührenlawine der Stadt Wien schützen

Utl.: Antrag von FPÖ und ÖVP abgelehnt =

Wien (OTS) - Laut den Wirtschaftsforschungsinstituten WIFO und IHS wird Österreich erst 2012 das Vorkrisenniveau erreicht haben und ein selbsttragender Aufschwung möglich sein. Auch Kanzler Werner Faymann gab in einem Interview seine wirtschaftliche Einschätzung bekannt: "Die Krise ist noch lange nicht vorbei". Zudem weist Wien im Gegensatz zu anderen Bundesländern seit Monaten steigende Arbeitslosenzahlen auf, erklärt FPÖ-Gemeinderätin Barbara Kappel.

Trotz dieser Situation hat die Stadt Wien eine Reihe für die Wirtschaft schwer verkraftbaren Gebührenerhöhungen mit bis zu 17 % beschlossen:

Alkohol-Sondersteuer: Angedacht ist eine Alkohol-Sondersteuer von 15 % auf alkoholische Getränke, das wäre gleichbedeutend mit einer Belastung von 93 Millionen Euro für die Gastronomie (Studie der Wirtschaftskammer Wien, April 2011).

Fernwärme: Kunden, die direkt bei der Fernwärme Wien beziehen, sollen ab Sommer + 17 % beim Leistungspreis bezahlen. Letzte Preiserhöhung mit Ende 2008. Begutachtungsverfahren im Laufen.

Marktgebühren: Letzte Erhöhung mit 1.1.2011 (+ 7,8 %) rückwirkend - obwohl auf Basis des Valorisierungsgesetzes lediglich 5,6 % zulässig wären. Das sind 0,36 Mio. Euro Mehrkosten für unsere Marktunternehmer.

Gas: Letzte Erhöhung mit 1.4.2011 (+ 17 % reiner Energiepreis; + 9,6 % bzgl. Endpreis - incl. Leitungsgebühren und Energieabgaben). Das wären auf Basis der letzten Erhöhungen 54 Mio. Euro Mehrkosten.

Wiener Linien: Letzte Erhöhung mit 1.7.2009. Preiserhöhung um + 13 % vor Sommer möglich.

Abfall: Letzte Erhöhung mit 1.1.2009 durch Valorisierungsgesetz; nächste Erhöhung voraussichtlich 2012 und würde auf Basis der letzten Erhöhungen 13,5 Mio. Euro Mehrkosten bedeuten.

Abwasser/Kanal: Letzte Erhöhung mit 1.1.2009 aufgrund des Valorisierungsgesetzes; nächste Erhöhung voraussichtlich 2012 und würde auf Basis der letzten Erhöhungen 12 Mio. Euro Mehrkosten bedeuten.

Parkometerabgabe: Letzte Erhöhung mit 1.9.2007. Nächste Erhöhung voraussichtlich 2012 aufgrund des Valorisierungsgesetzes.

In Summe wären das Mehrkosten in der Höhe von 175 Mio. Euro, wovon 125 Mio. auf die Wirtschaft entfallen würden. Mit diesen Millionenbelastungen ist das ohnehin zarte Konjunkturpflänzchen in der Bundeshauptstadt gefährdet. Somit steht vielen Betrieben nach hartem Ringen in der Krise eine neuerliche Existenzbedrohung ins Haus. Von diesen Plänen und Belastungen ist deutlich Abstand zu nehmen. Die Stadtregierung ist aufgefordert, im Sinne der Wirtschaftsbelebung die Betriebe zu entlasten.

Die FPÖ hat daher in der letzten Sitzung des Gemeinderates folgenden Beschlussantrag gestellt:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, sämtliche Gebührenbelastungen in ihrem politischen Einflussbereich zu modifizieren, um somit einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung nicht zu gefährden. Konkret sollen:

durch die Möglichkeit des Verzichts im Valorisierungsgesetz alle voraussichtlichen Erhöhungen für das Jahr 2012 (Abfall-, Abwasser- und Kanalgebühren sowie die Parkometerabgabe) ausgesetzt werden,

sämtliche "Sondersteuer-Überlegungen" wie beispielsweise die Alkoholsteuer für die Gastronomie unterbunden und politisch eine eindeutige Absage erteilt werden.

alle bisherigen beschlossenen Erhöhungen (bei Fernwärme und Gas) auf ein wirtschaftlich vertretbares Maß (z.B. die Inflationsrate des letzten Jahres - laut Statistik Austria beträgt der VPI für diesen Zeitraum 2,5 %) beschränkt bzw. im Falle der Marktgebühren die Erhöhungen auf das rechtlich vorgesehene Niveau (5,6 %) gemäß Valorisierungsgesetz zurückgeführt werden.

SPÖ und Grüne haben diesen Antrag abgelehnt, um weiter an der Gebührenschaube drehen und im großen Stil

abkassieren zu können, kritisiert Kappel. (Schluss)otni

Rückfragehinweis:
FPÖ-Wien
4000/81747

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/85/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0101 2011-07-04/11:47

041147 Jul 11

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at